

System Change, not Climate Change!

Perspektiven der kritischen Zivilgesellschaft

Magdalena Heuwieser

Nicht nur die in Paris vertretenen Politiker*innen bejubelten den neuen Klimavertrag als einen „*historischen* Durchbruch“¹. Selbst die mehrere Hunderttausend Online-Unterstützer*innen starke Avaaz-Plattform, welche die weltweiten Klimamärsche vor Verhandlungsbeginn maßgeblich mitorganisierte, verkündete ein „bahnbrechendes Ergebnis“: „Denn genau das haben wir uns erhofft: einen brillanten und massiven Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit“ (Avaaz 2015). Nicht alle teilten diese Erfolgsanalyse. Einige große Umweltorganisationen klatschten verhalten, Friends of the Earth Europe (2015) bezeichnete den Vertrag als „Augenauswischerei“ und die globale Kleinbäuer*innen-Bewegung La Vía Campesina (2015) als „Maskerade“. Dass es „die Zivilgesellschaft“ nicht gibt, hat sich bei der Interpretation der Pariser Ergebnisse nochmal deutlich gezeigt.

In vielen Ländern wird die Diskussion über die Klimakrise und Lösungsstrategien von einer breiten Palette von Organisationen, Initiativen, Gewerkschaften, bäuerlichen oder indigenen Bewegungen geführt. Die Klimakrise wird vermehrt mit dem Wirtschaftssystem in Verbindung gebracht und mit Themen wie Armut, ungleiche Verteilung, Migration, Rechte indigener Völker, oder auch mit der Art und Weise der Landwirtschaft oder des Transports verknüpft. In Österreich blieb der Diskurs währenddessen weiterhin hauptsächlich im Umweltschutzbereich verhaftet. Die Mobilisierung für den UN-Klimagipfel in Paris führte nunmehr auch hier zu einem breiteren Diskurs und zur Entstehung einer neuen Bewegung.

Dieser Beitrag analysiert die aktuelle Klimapolitik aus einer kritischen Bewegungsperspektive – konkret, aus Sicht der österreichweiten Bewegung „System Change, not Climate Change!“, die sich im Vorfeld der COP 21 im Jahr 2015 gründete. Nach einer Vorstellung dieser werden der Pariser Klimavertrag sowie bestimmte Klimaschutzstrategien in den Blick genommen, um anschließend mit einem Ausblick auf zivilgesellschaftliche Strategien zu schließen.

In Bewegung: „System Change, not Climate Change!“ in Österreich

Im Frühjahr 2015 begannen mehrere Organisationen und Initiativen, darunter Attac, Finance & Trade Watch, die Dreikönigsaktion, FIAN, ÖBV-Via Campesina (Österreichische Klein- und Bergbäuer*innen-Vereinigung) und Alternatiba, sowie engagierte Einzelpersonen, sich mit Blick auf den Klimagipfel zu organisieren. Es galt aufzuzeigen, dass die Klimakrise nicht ohne tiefgreifende Veränderungen in der Produktion, im Handel, der Landwirtschaft, der Mobilität, den Arbeitsverhältnissen und den globalen Machtstrukturen bekämpft werden kann, da sie engstens mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise verknüpft ist. Mit dem von der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung verwendeten Motto „System Change, not Climate Change!“ (in Folge kurz „System Change!“) wurde beschlossen, in den bisherigen Diskurs über Klimawandel zu intervenieren. Dieser war bislang hauptsächlich als Öko-Thema oder als technologisch lösbares Problem

behandelt worden, wodurch sich fast ausschließlich Umweltorganisationen damit beschäftigten. Ziel der Kampagne war zum einen, „falsche“ Klimälösungen, die nicht an den Wurzeln der Probleme ansetzen und stattdessen Konflikte teilweise noch verschärfen (wie Emissionshandel oder technologiefixierte Strategien), zu entlarven und zu kritisieren. Zum anderen sollten auch jene Schritte aufgezeigt werden, die aus Sicht der Beteiligten einen Beitrag zur Lösung der Klimakrise leisten können.

Grundlage für die Arbeit wurde das gemeinsam erstellte „System Change“-Positionspapier, das zwölf Schritte gegen Klimawandel und für Klimagerechtigkeit aufzeigt. Es wurde bisher von rund 120 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Österreich unterzeichnet: von Fahrradinitiativen über Lebensmittelkooperativen bis hin zu feministischen Gruppen, während sich die Zahl der Umweltorganisationen in Grenzen hielt. Zudem lag der Fokus auf Bildungs- und Medienarbeit, der Vernetzung von Aktivist*innen sowie der an den globalen Aktionstagen zum Auftakt der COP 21. In Wien, Linz, Graz und Innsbruck fanden so am 28. und 29. November 2015 Demonstrationen und Aktionen mit dem Motto „System Change, not Climate Change!“ statt, an denen sich insgesamt rund 6000 Menschen beteiligten. Zentrale Aussage war dabei, dass der Klimawandel nur durch einen sozial-ökologischen Wandel unserer Gesellschaft und Wirtschaft zu stoppen sei und sich die Zivilgesellschaft nicht mit unverbindlichen Scheinlösungen zufriedengeben werde. Während die großen Umweltorganisationen ihre Rolle darin sahen, vor allem in Paris vor Ort zu sein und die Klimaverhandlungen zu beeinflussen, waren es letztlich die im Rahmen von „System Change!“ entstandenen Gruppen, die eine Mobilisierung in Österreich garantierten und dabei zugleich die Interpretation der Klimakrise verbreiteten.

Zivilgesellschaftliche Blicke auf Paris

Die Meinungen zu den Ergebnissen der Klimakonferenz COP 21 gehen in der Zivilgesellschaft von Jubel über Enttäuschung bis hin zu unbeeindrucktem Schulterzucken. Der Gastgeber, Präsident Hollande, hatte sich ein Paris-Abkommen zum festen Ziel gesetzt – egal, mit welchem Inhalt. Und dieses gestaltet sich in etwa so, dass damit (und einem großen Wunder) theoretisch eine Revolution stattfinden könnte – oder aber alles genauso weitergeht wie bisher. Je nach Interpretation, Interesse und Machtgefüge. Nicht zuletzt ist also auch für die Zivilgesellschaft die Interpretation des Klimaabkommens wichtig, um die dominanten Diskurse zu beeinflussen und beispielsweise eine möglichst ambitionierte Auslegung zu erreichen. Viele sind sich insofern einig, dass die Ergebnisse nicht beschönigt werden dürfen und es dennoch vermutlich besser ist, einen seichten Vertrag zu haben, als sich auf gar nichts berufen zu können. Außerdem wurde deutlich, dass politischer Druck von unten nun wichtiger denn je ist, um die notwendigen Interpretationen und Veränderungen zu erreichen.

Als Erfolge von Paris gelten gemeinhin die Versprechen,

1. die Klimaerwärmung ausgehend vom vorindustriellen Niveau auf deutlich unter 2° C zu halten, und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5° C zu beschränken“;
2. „sobald wie möglich“ die globale Spitze des Treibhausgasausstoßes zu erreichen und „in der zweiten Jahrhunderthälfte ein Gleichgewicht zwischen menschlich verursachtem Treibhausgasen und Senken“ zu erreichen, und
3. ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden US-Dollar zu „mobilisieren“, um die sogenannten

Entwicklungsländer in Klimawandelanpassungs- und Emissionsreduktionsmaßnahmen zu unterstützen (UN 2015).

Bei genauerer Betrachtung dieser drei „Erfolge“ wird deutlich, welche Haken und Widersprüche sich in ihnen verbergen.

1. Das 1,5- bis 2° C-Ziel

Dass nun nicht nur das 2° C-Ziel, sondern auch die 1,5° C Eingang in den Vertrag gefunden haben, wird vor allem von Inselstaaten und Küstenregionen, die laut Klimawissenschaft bei 2° C keinerlei Überlebenschance mehr hätten, als Erfolg gewertet. Doch die Umsetzung ist mehr als fraglich. Denn der Vertrag ist zwar an sich verbindlich, aber genau die Teile, die tatsächlich Verbindlichkeit bräuchten, nämlich die Reduktionsziele der Länder sowie deren Finanzierungsversprechen, wurden aus dem verbindlichen Vertragswerk ausgespart. Außerdem sind Zielverfehlungen nicht sanktionierbar.

Das Besondere an Vertragsstaatenkonferenz Nummer 21 war, dass fast alle Vertragsparteien, also Staaten, schon im Vorhinein Reduktionsziele einreichten – die sogenannten INDCs (Intended Nationally Determined Contributions). Alle INDCs zusammengezählt müssten Reduktionen umfassen, die mit dem 1,5- bis 2° C-Ziel kompatibel sind. Verschiedene Studien zeigen jedoch je nach Art der Berechnung, dass die INDCs bisher einen Anstieg von 2,7° C bis 3,7° C oder sogar mehr zur Folge hätten (World Resources Institute 2015 a). Abgesehen davon, dass sie wie erwähnt weder verpflichtend noch einklagbar sind. Nicht nur die Höhe der Reduktionen können die Länder selbst wählen, sondern auch die Art und Weise wie die Ziele erreicht werden. So plant Japan unter anderem, in „Entwicklungsländern“ in effiziente, also sozusagen sauberere, Kohlekraftwerke zu investieren und sich die dadurch eingesparten Reduktionen anrechnen zu lassen. Weitere Länder setzen z.B. auf „emissionsneutrale“ Atomenergie (Climate Action Tracker 2015a; 2015b).

2. „Klimaneutralität“ – je früher, desto besser?

Der Vertrag sieht vor, „so bald wie möglich“ die globale Spitze der Treibhausgasemissionen zu erreichen. „Das ist immerhin nicht irgendwann“, meinte dazu der österreichische Verhandlungsleiter Helmut Hojesky des BMLFUW optimistisch². Sehr viel konkreter ist es jedoch nicht. Auch das Ziel, CO₂-Neutralität, also ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgasausstoß und -bindung, sei „in der zweiten Jahrhunderthälfte“ zu erreichen, bleibt ziemlich vage. Der Interpretationsspielraum umfasst immerhin 50 Jahre. Je später, und somit je höher die Temperatur, desto schwieriger ist außerdem die natürliche CO₂-Speicherung („Senkenfunktion“) von Ökosystemen wie Wäldern, Böden oder Ozeanen³. Die ungenaue Zielformulierung öffnet zudem Tür und Tor für technologische Speicherformen wie z. B. gentechnisch manipulierte Pflanzen (die im Namen des Klimas wieder auf dem Vormarsch sind) oder auch durch die gefährliche und noch nicht ausgereifte Technologie des Carbon Capture and Storage (CCS). Durch diese sollen abgeschiedene Treibhausgase in ehemalige Erdöl- und Erdgasförderstätten unter dem Ozean oder unter der Erde gepumpt werden (Krüger 2016, 34).

Die Konzepte „CO₂-Neutralität“ oder auch „Netto-Null-Emissionen“ sind des Weiteren eng mit der Logik des Handels mit Emissionen verknüpft: Industriezweige, Unternehmen oder Staaten erhalten dabei die Möglichkeit, sich von klimaschädlichem Verhalten freizukaufen (siehe unten). Wie der Beitrag von Camila Moreno zum Thema „Carbon Metrics“ deutlich macht, verbergen sich zudem hinter dem naturwissenschaftlichen und scheinbar objektiven Fokus auf CO₂ und „CO₂ -Äquivalente“ vielfältige Probleme.

3. Das „Mobilisieren“ von 100 Milliarden Dollar im Jahr

Ein weiteres nicht einklagbares Ziel des Vertrags ist es, dass ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden US-Dollar „mobilisiert“ werden sollen, um sogenannte Entwicklungsländer – welche den Klimawandel kaum mitverursacht haben – bei Klimamaßnahmen zu unterstützen. Doch der Vergleich mit den weltweiten Subventionen für fossile Brennstoffe zeigt die Diskrepanz: Sie allein lagen 2013 bei 550 Milliarden US-Dollar (International Energy Agency 2014, 4). Abgesehen von der geringen Geldmenge ist die Frage, wie diese Gelder eingesetzt werden: nach den Bedürfnissen „der Entwicklungsländer“ (wobei auch hierbei kaum verallgemeinert werden kann) oder vielmehr als Exportförderung für die Industrieländer, insbesondere für neue Technologien, beispielsweise für CO₂-Messungen oder erneuerbare Energien. Die Formulierung „Gelder mobilisieren“ – anstatt des zuvor verwendeten Wortlauts „bereitstellen“ – macht einiges deutlich: Neben den Regierungen des Globalen Nordens kann die Finanzierung damit auch von privaten Geldgeber*innen und über Exportförderungen „mobilisiert“ werden. Bei einem Großteil der bisherigen Gelder handelt es sich gar um kommerzielle, hochverzinsten Kredite. Auch wurde absichtlich nicht ausgeschlossen, dass die Klimagelder aus anderen Töpfen (wie der Entwicklungszusammenarbeit) kommen können, so dass sie doppelt anrechenbar sind⁴. Viele Zahlungen werden außerdem an die Erbringung bestimmter Gegenleistungen gekoppelt. Dies kann zum Beispiel bedeuten, dass Geld für gewisse Projekte nur dann fließt, wenn dafür Technologien aus dem Geldgeberland eingesetzt werden. So können neokoloniale Abhängigkeiten und Ausschlüsse verstärkt mit einer „grünen“ Legitimation durch- und fortgesetzt werden.

Alles in allem ist das Fazit zu Paris aus Sicht einer kritischeren Zivilgesellschaft nicht sonderlich positiv. Neue grüne Wirtschaftschancen, technologischer Wunderglaube und Ablasshandel mit Emissionen stehen im Pariser Abkommen ganz oben auf der Agenda. Wenn auch nicht immer konkret benannt, so zumindest zwischen den Zeilen. Begriffe wie fossile Brennstoffe, Öl, Kohle oder Gas, kommen im Vertrag wiederum kein einziges Mal nicht vor. Auch die Emissionen aus internationaler Schiff- und Luftfahrt wurden ausgespart. Kein Wort von Handel, Fleischproduktion oder industrialisierter Landwirtschaft. Obwohl der Beitrag dieser Sektoren zum Klimawandel schon seit Jahrzehnten bekannt ist, werden sie nicht angetastet. Klimaschutzmaßnahmen sollten von Beginn an dem Wirtschaftswachstum und der Ausweitung des globalen Handels nicht in die Quere kommen. Schon im ersten UN-Klimavertrag des Rio-Gipfels im Jahr 1992 hieß es: „The Parties should cooperate to promote a supportive and open international economic system that would lead to sustainable economic growth [...]. Measures taken to combat climate change, including unilateral ones, should not constitute [...] a disguised restriction on international trade“ (UNFCCC 1992, 5). Nur drei Jahre nach dem Rio-Gipfel wurde 1995 die Welthandelsorganisation WTO aus der Taufe gehoben. In den darauffolgenden Jahren kam eine Reihe bilateraler Freihandelsverträge hinzu. Das zwei Jahrzehnte lang verwendete Konzept der Nachhaltigkeit wurde zwanzig Jahre später beim Rio+20 Gipfel vom neuen Konzept der „Green Economy“ oder des „Green Growth“ abgelöst. Der Markt wird damit zunehmend als Lösung für alles vorangetrieben. Die „grünen“ Maßnahmen sollen nicht nur die Umweltprobleme aus dem Weg räumen, sondern gleichzeitig die sich in der Krise befindliche Wirtschaft ankurbeln und Armut überwinden.

Barack Obama verkündete in seiner Rede nach Paris: „In short, this agreement will mean less of the carbon pollution that threatens our planet, and more of the jobs and economic growth driven by low-carbon investment“ (The White House 2015). Ob Ent-

scheidungsträger*innen tatsächlich selbst an dieses Versprechen der Green Economy glauben? Die Medien zumindest zeichneten ein überaus positives Bild des Klimavertrags, sprachen von einer Revolution (Der Standard 2015) oder dem Plan zur Rettung der Erde (Die Presse 2015). Das Problem wird gelöst, keine Sorge, so die Aussage. Aus Perspektive der Klimagerechtigkeitsbewegung ist dies einer der Hauptkritikpunkte am Pariser Abkommen und der gängigen Bearbeitung der Klimakrise: Die Bevölkerung wird in Sicherheit gewiegt und das Trugbild verbreitet, dass durch ein stetiges freiwilliges „Greening“ (oder Greenwashing) des kapitalistischen Wirtschaftssystems der Klimawandel gestoppt werden könne. Die Green Economy gaukelt vor, dass unsere Produktions- und Lebensweise letztendlich so fortgeführt werden kann, wie bisher. Mehr (grüner) Konsum ist die Formel, nicht weniger Konsum. Doch wie Ulrich Brand und Markus Wissen mit dem Begriff der „imperialen Lebensweise“ verdeutlichen, beruht diese im Globalen Norden dominante Produktions- und Konsumweise auf der Existenz billigster Arbeitskräfte, den ungleichen Verhältnissen zwischen Nord und Süd und dem übermäßigen Raubbau an der Natur. Dazu kommt, dass sich diese imperiale Lebensweise global ausbreitet, wodurch immer deutlicher wird, dass sie nicht verallgemeinerbar ist und dass ein System, das auf stetigem Wachstum beruht, unweigerlich an seine Grenzen stößt und zu vermehrter Ausbeutung, Ungleichheit und ökologischen Krisen führt (Wissen/ Brand 2016).

Die Verbreitung der Idee, dass mit dem Ersetzen von fossilen Kraftstoffen durch Agrartreibstoffe, der Umstellung von Diesel- auf Elektromotoren und dem Wandel einer ressourcenintensiven hin zu einer effizienten und digitalisierten Wirtschaft das Problem gelöst wäre, ist jedoch höchst problematisch und lenkt von tatsächlich notwendigen sozial-ökologischen Transformationen ab. Inzwischen hat sich beispielsweise herausgestellt, dass das vormalige Versprechen einer „digitalen Ökonomie“, die hauptsächlich virtuell und ressourcenschonend sein würde, nach hinten losging. So wurden in den letzten Jahren jeweils fast zwei Milliarden Handys verkauft. Im Jahr 2015 waren drei Viertel davon Smartphones. Also kaufte pro Jahr im Schnitt jeder dritte bis vierte Mensch ein Handy – wobei Afrika beispielsweise kaum am Handykaufrausch beteiligt ist⁵. Der Ressourcen- und Energieverbrauch für die digitalisierte Welt ist dabei enorm, die Arbeitsbedingungen in den Bergwerken zur Extraktion seltener Erden ausbeuterisch⁶. Auch im Feld der Agrartreibstoffe haben Studien und vielzählige lokale Konflikte in den letzten Jahren verdeutlicht, welche Problematik mit ihnen verbunden sind: Sie führten zu einem Anstieg von Land Grabbing und zu Nahrungsmittelknappheit. Außerdem zeigt sich inzwischen, dass die Treibhausgasbelastung durch Agrartreibstoffe deutlich höher ist als erwartet (World Resources Institute 2015 b/ Transport & Environment 2016). Der Rebound-Effekt wiederum führt dazu, dass Effizienzsteigerungen und technologische Veränderungen häufig nicht zur erhofften Energie- und Ressourcenreduzierung führen (Unmüßig/ Fuhr/ Fatheuer 2015). Selbst der Boom von Wasserkraftwerken, Mega-Windparks und Emissionskompensationsprojekten (die sogenannten Offsets) haben vermehrt zu Konflikten und umweltschädlichen Auswirkungen geführt. Auch hierbei kommt es darauf an, von wem die Projekte mit welchen Interessen und auf welche Art und Weise durchgeführt werden (siehe International Rivers o. A./ Carbon Market Watch o. A.).

Die Klimagerechtigkeitsbewegung setzt hier an und versucht, scheinbar einfache technologische Lösungen differenziert zu betrachten und Scheinlösungen für die Klimakrise zu benennen. Widerstand gegen „falsche“ Klimalösungen ist daher fast ebenso wichtig geworden, wie gegen unbestrittene Klimawandelverursacher vorzugehen. Das aktuelle Beispiel der Flugindustrie soll die Problematik verdeutlichen.

Klima-Scheinlösungen: „CO₂-neutrales Wachstum“ des Flugaufkommens

Die Luftfahrt zählt zu den klimaschädlichsten Verkehrssektoren und ist in Bezug auf Emissionen der am schnellsten wachsende Industriezweig. Dennoch war der internationale Flugverkehr bisher stets aus den nationalen Emissionsrechnungen ausgespart und weder Luft- noch Schifffahrt wurden im Pariser Klimavertrag erwähnt. Die UN-Sonderorganisation für Luftfahrt ICAO (International Civil Aviation Association) erwartet einen drei- bis siebenfachen Anstieg der Emissionen durch Luftfahrt bis 2050 (Europäische Kommission o.A.). Dennoch behauptet die ICAO, das Wachstum ab 2020 „klimaneutral“ gestalten zu können. „Carbon-neutral Growth“, so der Plan, der derzeit verhandelt wird: Die Emissionen sollen über CO₂-Kompensationsprojekte (Offsets) anderswo ausgeglichen werden. Sehr beliebt sind dabei Investitionen in Waldschutz oder das Pflanzen von Bäumen im Globalen Süden – wobei hier auch Eukalyptus oder Ölpalmenplantagen, welche gleichermaßen wirtschaftlich genutzt werden, als Offsets gelten. Die CO₂-Speicherung in Böden oder Wäldern ist vermutlich aus mehreren Gründen so begehrt als Kompensationsmechanismus: Die Projekte sind im wahrsten Sinne des Wortes grün und werbetauglich und können gut an den Globalen Süden ausgelagert werden. Zudem haben UNO-, Weltbank- oder private Programme in vielen Ländern des Globalen Südens den Boden für die Implementierung bereitet⁷. Die Projekte verkaufen damit letztendlich die sogenannte Ökosystemdienstleistung der Senkenfunktion (Speicherkapazität) in Form von Emissionsgutschriften. Aus Sicht der Klimagerechtigkeitsbewegung ist diese „Klimalösung“ aus vielen Gründen sehr problematisch. Die Berechnung der Senkenfunktion in Böden oder Wäldern ist wissenschaftlich kaum durchführbar – weswegen es auch umso leichter fällt, Zahlen zu manipulieren. Während Emissionen fossiler Energieträger dauerhaft in der Atmosphäre wirken, ist die Kohlenstoffspeicherung in Wäldern oder Böden nur temporär und kann daher nicht eins zu eins umgerechnet und kompensiert werden. Zusätzlich können Flächenbrände, Stürme oder natürlicher Verfall dazu führen, dass gespeicherter Kohlenstoff in Pflanzen und Böden jederzeit unkontrolliert freigesetzt wird – selbst, wenn die schon gegengerechneten Flugemissionen längst das Klima erwärmen. Insofern ist es ein Trugschluss, dass Emissionseinsparungen in Bereichen wie dem Flugverkehr umgangen werden können, indem andere Sektoren dafür bezahlt werden, Treibhausgase zu kompensieren (Fern 2014; Mackey u.a. 2013).

Noch dazu wächst vor allem bei indigenen Gemeinden oder bäuerlichen Organisationen Widerstand gegen REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) oder auch die relativ neue Idee der Climate Smart Agriculture⁸. Vor allem REDD+ Projekte haben in der Vergangenheit schon häufig zu Menschenrechtsverletzungen und Land Grabbing geführt. REDD+ fokussiert sich auf den Schutz bestehender Wälder, die häufig in indigenen oder bäuerlichen Regionen liegen. Dabei wird – meist zu Unrecht – die kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Wanderfeldbau für Entwaldung verantwortlich gemacht. REDD+ Projekte führen häufig zu Einschränkungen, die negative Auswirkungen auf den kleinbäuerlichen Lebensunterhalt und Lebensstil haben. Mehrmals kam es bereits zur Vertreibung oder gewaltsamen Unterdrückung. REDD+ Projekte, die sich auf die tatsächlichen Ursachen großräumiger Entwaldung konzentrieren, sind dagegen Mangelware. Zu diesen zählen beispielsweise die Extraktion von Öl oder Kohle, Bergbau, Infrastruktur, Staudämme, industrielle Rodung und internationaler Handel von landwirtschaftlichen Rohstoffen (Kill 2015; Fatheuer 2016; Ceddia 2014).

Strategien der Bewegung für Klimagerechtigkeit

Eine wichtige Forderung der globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit lautet, die notwendige Reduzierung von Treibhausgasemissionen solle dort vorgenommen werden, wo sie entstehen – anstatt sie über Ausgleichsmechanismen (Offsets, Emissionshandel) und fragwürdige Projekte auszulagern, meist an den Globalen Süden. Diese Art der Externalisierung der CO₂-Speicherung wird auch immer mehr von Bewegungen als eine „grüne“ Form des Kolonialismus, als „CO₂lonialism“, kritisiert.

Einige zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen, unter anderem „System Change, not Climate Change!“, begannen anlässlich der ICAO-Pläne im Frühjahr 2016 eine globale Kampagne gegen das Greenwashing der Flugindustrie, die eine Umorientierung der Mobilität fordert. Dazu zählt ein Schrumpfen des Flugaufkommens, der Stopp von hunderten geplanten Flughafenneubauten oder Erweiterungsprojekten, der Abbau von Subventionen der Luftfahrt und Flughäfen. Zudem setzt sich die Kampagne für die Förderung von erschwinglichem und attraktivem Zugverkehr und die Regionalisierung der Wirtschaft ein, um den globalen Warentransport zu reduzieren.

Dabei ist das Thema Flugverkehr kein leichtes. Die Möglichkeit, jederzeit ohne große Kosten und Aufwand überall hinfliegen zu können, ist Inbegriff eines Lebens- und Freiheitsgefühls, das selbst bei hartgesottene Globalisierungskritiker*innen meist tief verankert ist. Nicht zuletzt deshalb wagen sich viele der großen Umweltorganisationen an das Flugthema nicht heran. Und auch Teile der Grünen in Deutschland beteiligen sich aktiv am Greenwashing. So brachte die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit Europas größtem Luft- und Raumfahrtkonzern Airbus im Juni 2016 eine 55-seitige PR-Broschüre mit dem Titel „Oben – Ihr Flugbegleiter“ heraus. Das Airbus immerhin 18 Prozent seiner Umsätze aus dem Rüstungsgeschäft zieht, scheint dabei nicht gestört zu haben (Urgewald/ Facing Finance 2016, 10). Die grüne Allianz ist schlauer Schachzug: „Wenn wir weiterhin die Lizenz zum Wachsen haben wollen, dann müssen wir uns gewaltig etwas einfallen lassen“, so Enders, Topmanager des europäischen Flugzeugbauers Airbus (Gellner 2016). Genau dies kritisieren die zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer globalen Petition gegen die Greenwashing-Pläne der Flugindustrie: „*Offsets sind eine Lizenz zum Verschmutzen*“ heißt es darin⁹. Anstatt die Klimakrise zu bearbeiten dient die beliebte Klimamaßnahme des Emissionshandels dazu, tatsächlichen Wandel zu verhindern. Eine Kooperation mit der Industrie, wie sie hier und auch von großen Umweltorganisationen immer mehr betrieben wird, ist für die Klimagerechtigkeitsbewegung keine Option.

Die österreichische „System Change!“-Klimabewegung setzt sich nicht nur über diese Kampagne mit Flugverkehr auseinander. Der Fokus der Aktionen und Mobilisierung liegt derzeit auf dem Widerstand gegen die geplante dritte Flugpiste in Wien-Schwechat. „Infrastruktur, die das Klima massiv anheizt, sollte heutzutage nicht mehr gebaut werden, denn sie bestimmt maßgeblich die Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte“, heißt es im Positionspapier, zu dessen Unterstützung ein breites zivilgesellschaftliches Spektrum aufgerufen ist¹⁰. Der Bau einer neuen Start- und Landebahn soll der weiteren Steigerung des Flugverkehrs dienen, Schwechat zum Drehkreuz werden. Dadurch würden die mit Schwechat verbundenen Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 2003 bis 2025 um das Zwei- bis Dreifache anwachsen (Buschbeck 2016, 9). Zusätzlich würde der Ausbau rund 760 Hektar Fläche in Anspruch nehmen, darunter landwirtschaftliche Flächen, Wald und biodiversitätsreiche Trockenrasenflächen (Landscape TU Wien 2011, 44). Seit

Jahren schon kämpfen auch Bürger*inneninitiativen gegen die steigende Lärmbelastung, Gesundheitsschäden und Grundwertenteignung.

„System Change!“ setzt beim Widerstand gegen den Flughafenausbau auf eine Strategie, die für die globale Klimagerechtigkeitsbewegung an Wichtigkeit gewonnen hat, nämlich, die Verursacher der Umweltzerstörung selbst ins Visier zu nehmen – seien es Flughafenprojekte, Kohleförderung oder die klimaschädlichen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA & Co¹¹. Denn in den letzten Jahren wurde immer deutlicher, dass von der globalen Klimapolitik aufgrund der Wirtschafts- und Wettbewerbsinteressen leider keine angemessenen Antworten zu erwarten sind und Proteste bei den jährlichen Klimagipfeln wenig Auswirkungen zeigten. Wichtig ist daher, die lokalen Kämpfe miteinander zu verbinden, sich gegenseitig zu unterstützen und die globale Dimension der scheinbar lokalen Probleme aufzuzeigen. Wie die globalen Aktionswochen „Break Free from Fossil Fuels“ im Mai 2016 eindrucksvoll zeigten, können Aktionen des zivilen Ungehorsams auch ein legitimes Mittel sein, um sich Gehör zu verschaffen und auch in Mainstream-Medien wahrgenommen zu werden. So besetzten in der Lausitz, Deutschland, fast 4000 Personen zwei Tage lang den Braunkohletagebau Welzow-Süd und die Schienen zum Kohlekraftwerk „Schwarze Pumpe“ des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall. Insgesamt wurden 20 Aktionen auf sechs Kontinenten mit über 30.000 Beteiligten durchgeführt¹².

Zu guter Letzt heißt es auch, Transformationspfade und Alternativen in die Debatte zu bringen und auszuprobieren. Im Falle der Mobilität bedeutet dies beispielsweise die Förderung des nichtmotorisierten sowie eines erschwinglichen oder kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs, das Erproben autofreier Städte oder Stadtteile, den Erhalt, und wenn notwendig, schonenden Ausbau des Schienennetzes sowie der Nachtzüge und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe (Wolf 2014). Das im Jahr 2015 von „System Change!“ entworfene Positionspapier geht auch auf weitere Bereiche ein, wie Energie, Landwirtschaft, Arbeit und Vermögen oder Handel.

Danke an Alexandra Strickner (Attac Österreich), Mira Kapfinger und Manuel Grebenjak (System Change!) für das hilfreiche Feedback zum Artikel.

Literatur

- Avaaz (2015): Erfolg! Der Anfang vom Ende für fossile Energie, unter: https://secure.avaaz.org/de/climate_story_loc/?pv=262&rc=fb (03.06.2016)
- Buschbeck, Brigitte (2016): Das Projekt dritte Piste am Flughafen Wien-Schwechat, unter: http://systemchange-not-climatechange.at/wp-content/uploads/2016/01/3.Piste-und-Klima_Buschbeck-AFLG.pptx (03.06.2016)
- Carbon Market Watch (o. A.): Harumful CDM Projects, unter: <http://carbonmarketwatch.org/project-campaigns/> (03.06.2016)
- Ceddia, Michele/Nicholas Oliver Bardsley/Sergio Gomez-y-Paloma/Sabine Sedlacek (2014): Governance, agricultural intensification, and land sparing in tropical South America; in: Proceedings of the National Academy of Sciences, 111(20), 7242–7247
- Climate Action Tracker (2015 a): Japan, unter: www.climateactiontracker.org/countries/japan.html (03.06.2016)
- Climate Action Tracker (2015 b): Tracking INDCs, unter: www.climateactiontracker.org (03.06.2016)
- Der Standard (2015): Neuer Klimavertrag. Eine Anleitung zur Revolution auf 31 Seiten, unter: <http://derstandard.at/2000027439429/Neuer-Klimavertrag-Ein-Anleitung-zur-Revolution-auf-31-Seiten> (03.06.2016)

- Die Presse (2015): Klimaschutzabkommen. Ein großes Datum für die Menschheit, unter: http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/4886189/Klimaschutzabkommen_Ein-grosses-Datum-fur-die-Menschheit?from=suche.intern.portal (03.06.2016)
- Europäische Kommission (o. A.): Reducing Emissions from Aviation, unter: http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/aviation/index_en.htm (03.06.2016)
- Fatheuer, Thomas (2016): Die vermessene Natur, REDD: Wie die Klimapolitik den Wald entdeckt und verändert, unter: <https://www.fdcl.org/publication/2015-12-22-die-vermessen-natur/> (03.06.2016)
- Fern (2014): Misleading Numbers. The Case for Separating Land and Fossil Based Carbon Emissions, unter: <http://www.fern.org/misleadingnumbers> (03.06.2016)
- Friends of the Earth International (2015): Paris Climate Deal is a sham, unter: <http://www.foei.org/press/archive-by-subject/climate-justice-energy-press/paris-climate-deal-sham> (03.06.2016)
- Gellner, Anna (2016): Warum ausgerechnet Airbus und die Gruenen-Stiftung kooperieren, unter: <http://www.shz.de/deutschland-welt/wirtschaft/warum-ausgerechnet-airbus-und-die-gruenen-stiftung-kooperieren-id13856146.html> (03.06.2016)
- International Energy Agency (2014): World Energy Outlook 2014. Executive Summary, unter: <http://www.iea.org/textbase/npsum/weo2014sum.pdf> (03.06.2016)
- International Rivers (o. A.): 10 Reasons Why Climate Initiatives Should Not Include Large Hydro-power Projects, unter: <https://www.internationalrivers.org/node/9204> (03.06.2016)
- Kill, Jutta (2015): REDD+. A Collection of Conflicts, Contradictions, and Lies, unter: http://worm.org.uy/wp-content/uploads/2014/12/REDD-A-Collection-of-Conflict_Contradictions_Lies_expanded.pdf (03.06.2016)
- Krüger, Timmo (2016): CO₂-Abscheidung und Speicherung; in: Bauriedl, Sybille (Hg.): Woerterbuch Klimadebatte. Bielefeld, 40–50
- Landscape, TU Wien (2011): Projekt 2. GR6 Schwechat, unter: http://p2.iemar.tuwien.ac.at/p2_10_schwechat/downloads/Bestandsanalyse/R5_Land_ws10_Arten_und_Biotope.pdf (03.06.2016)
- La Via Campesina (2015): COP 21. The Curtain Falls on a Masquerade, unter: <http://viacampesina.org/en/index.php/actions-and-events-mainmenu-26/-climate-change-and-agrofuels-mainmenu-75/1934-cop21-the-curtain-falls-on-a-masquerade> (03.06.2016)
- Mackey, Brendan/Colin Prentice/Will Steffen/Joanna House/David Lindenmayer/Heather Keith/Sandra Berry (2013): Untangling the confusion around land carbon science and climate change mitigation policy; in: Nature Climate Change 3/847, 553–557
- The White House (2015): The President Delivers a Statement on the Paris Agreement, unter: <https://medium.com/act-on-climate/the-president-delivers-a-statement-on-the-paris-climate-agreement-b29fefa02c1e#.swf8utp63> (03.06.2016)
- Transport & Environment (2016): Globiom. The Basis for Biofuel Policy Post-2020, unter: <https://www.transportenvironment.org/publications/globiom-basis-biofuel-policy-post-2020> (03.06.2016)
- UN (2015): Paris Agreement, unter: http://unfccc.int/files/essential_background/convention/application/pdf/english_paris_agreement.pdf (03.06.2016)
- UNFCCC (1992): United Nations Framework Convention on Climate Change, unter: <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/conveng.pdf> (03.06.2016)
- Unmüßig, Barbara/Lili Fuhr/Thomas Fatheuer (2015): Illusionen der Grünen Ökonomie. Das Beispiel der Automobil-Industrie, unter: <https://www.boell.de/de/2015/10/29/illusionen-einer-gruenen-oekonomie-automobilindustrie> (03.06.2016)
- Urgewald/Facing Finance (2016): Die Waffen meiner Bank, unter: https://www.urgewald.org/sites/default/files/typ_download/ff_urgewald_diewaffenmeinerbank_web-v2_-_kleiner.pdf (03.06.2016)
- Wissen, Markus/Ulrich Brand (2016): Imperiale Lebensweise und die politische Ökonomie natürlicher Ressourcen; in: Jäger, Johannes/Schmidt, Lukas u.a. (Hrsg.): Globale Ressourcen und Rohstoffpolitik, Wien

- Wolf, Winfried (2009): Verkehr – Umwelt – Klima. Die Globalisierung des Tempowahns, Wien
- World Resources Institute (2015 a): Why are INDC Studies Reaching Different Temperature Estimates?, unter: <http://www.wri.org/blog/2015/11/insider-why-are-indc-studies-reaching-different-temperature-estimates> (03.06.2016)
- World Resources Institute (2015 b): Avoiding Bioenergy Competition for Food Crops and Land, unter: <http://www.wri.org/publication/avoiding-bioenergy-competition-food-crops-and-land?> (03.06.2016)

Anmerkungen

- 1 Diskussion mit dem österreichischen Verhandlungsleiter Helmut Hojesky (2015): <http://systemchange-not-climatechange.at/waren-die-klimaverhandlungen-in-paris-erfolgreich/> (03.06.16)
- 2 Siehe Fußnote Nr. 2
- 3 Vortrag der Klimawissenschaftlerin Helga Kromp-Kolb (2015): <https://vimeo.com/153941289> (03.06.2016)
- 4 Siehe Fußnote Nr. 2
- 5 <http://www.gartner.com/newsroom/id/2665715>, <http://www.gartner.com/newsroom/id/3270418>, <http://www.gartner.com/newsroom/id/3215217>, <https://mobiforge.com/research-analysis/global-mobile-statistics-2014-part-a-mobile-subscribers-handset-market-share-mobile-operators> (03.06.2016)
- 6 Für weiterführende Literatur siehe Forschungsprojekt Labour & Economics: http://labourandelectronics.net/?page_id=21 (03.06.2016)
- 7 z. B. UN-REDD: <http://www.un-redd.org/> oder FCPF: <https://www.forestcarbonpartnership.org/>
- 8 z. B. FAO: <http://www.fao.org/climate-smart-agriculture/en/> oder <http://www.fao.org/gacsa/en/>; zur zivilgesellschaftlichen Kritik siehe <http://www.climatesmartagconcerns.info/rejection-letter.html> (03.06.2016)
- 9 <http://systemchange-not-climatechange.at/globale-flug-kampagne/> (03.06.2016)
- 10 <http://systemchange-not-climatechange.at/positionspapier-stopp-3-piste/> (03.06.2016)
- 11 Bei den Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA besteht die Gefahr, dass insbesondere der Investorenschutz jede klimarelevante Entscheidung zum einklagbaren „Handelshemmnis“ werden lassen kann. Siehe z. B. Attac: <http://www.attac.at/kampagnen/ttip-ceta-co-stoppen/nicht-kompatibel-ttip-und-klimaschutz.html> (03.06.2016)
- 12 <https://www.ende-gelaende.org/de/> und <https://breakfree2016.org/> (03.06.20.16)